

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2,- Mark, für Selbst-abboller 1,90 Mark. — Durch die Post bezogen 2,- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

**Redaktions-Verlag** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 72206

**Inseratenpreise:** Die 10. und 11. Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorkauf 40 Pf.,  
Stellenangebote 10 Gelp. Kolonelle 25 Pf. Familiennachrichten von Privat-  
der 10 Gelp. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklameseite 2 Mt. Inserate v. ausm.:  
die 10 Gelp. Kolonelle 40 Pf. bei Platzvorkauf, 50 Pf., Reklameseite 2,25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

## Um die Herrschaft in Südost-Europa

### Ein Balkan-Lozano

SPD Smyrna, 1. Februar.

Die Vertreter der Türkei in Sofia und Belgrad haben von ihren Regierungen den Auftrag erhalten, über die Genügsamkeit Jugoslawiens und Bulgariens für ein Balkan-Lozano Erkundigungen einzuziehen und die Bereitschaft der Türkei als Mittelsmann für die Einberufung einer entsprechenden Konferenz zu erklären. Die zwischen Bulgarien und der Türkei inzwischen über die verschiedensten Differenzen erzielte Verständigung bildet nach der Ansicht der türkischen Staatsmänner sowohl im Geiste wie in der Form eine Basis für einen Balkanfriedensvertrag und das zuverlässigste Mittel für die Abwehr der von Italien her drohenden Gefahren, denen gegenüber alle Differenzen der Balkanstaaten untereinander belanglos seien.

### Der Kampf um die Adria

#### Ein jugoslawisch-französisches Militärbündnis

III Rom, 2. Februar.

Wie der Berichterstatter des Giornale d'Italia aus Belgrad zu melden weiß, soll in jugoslawischen Kreisen in immer bestimmterer Form das Vorhandensein eines französisch-jugoslawischen Militärbündnisses zu Wasser und zu Lande bestätigt werden. Aus authentischer Quelle erfährt man, daß das Abkommen über die Zusammenverleibung der französischen und jugoslawischen Flotte folgende Punkte enthält: Frankreich verpflichtet sich, eine Marineflotte nach Jugoslawien zu entsenden. Jugoslawien erhält eine Anzahl in Frankreich ausgebildeter Spezialisten, Frankreich organisiert Jugoslawien, Flotte, die hauptsächlich aus kleineren Einheiten und U-Booten, sowie Wasserflugzeuggeschwadern besteht, und übernimmt die Organisation der wichtigsten Werften und der Marinearsenale. Jugoslawien hat baldmöglichst die Adriatische Küste zu besetzen. Der französische und jugoslawische Generalstab haben in händlichem Kontakt zu bleiben. Im Kriegsfall untersteht Jugoslawiens Kriegsschiffe dem französischen Kommando.

Der Berichterstatter zieht aus dem Vorhandensein dieses Abkommens über eine französisch-jugoslawische Zusammenarbeit zu Wasser den Schluss, daß zwischen Frankreich und Jugoslawien ein Bündnis abgeschlossen zu sein scheint.

### Die Waffennote der Kleinen Entente

III Genf, 1. Februar.

Im Laufe des heutigen Nachmittags haben die beim Völkerbund akkreditierten Vertreter der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumäniens dem Generalsekretär des Völkerbundes Noten in der Waffennotensache von Genf überreicht, die nicht gleichlautend sind, sich aber inhaltlich decken. In der Note der jugoslawischen Regierung wird unter Hinweis auf die Weisung des Völkerbundesrates vom 11. Dezember 1926 und 27. September 1927 über die Regelung des Investitionsverkehrs des Völkerbundes zunächst auf eine beilegende Denkschrift verwiesen, die eine eingehende Darstellung des Zwischenfalls von Genf-Gottshard vom 1. Januar 1928 enthält. Diese Denkschrift wird jedoch zur Zeit noch nicht bekanntgegeben.

In den beiden fast genau übereinstimmenden Noten der Tschechoslowakei und Jugoslawiens wird der Völkerbundrat ersucht, die Frage der Waffenlieferungen nach Ungarn auf die Tagesordnung seiner Märztagung zu setzen.

### Der Kaiser von Italien redet

#### Der Krieg eine wahrscheinliche Folge der Ereignisse!

Anlässlich des silbernen Jahrestages der Gründung der freiwilligen Miliz für nationale Sicherheit empfing Mussolini die Generale und höheren Offiziere der Miliz zum Großen Rapport und hielt dabei eine Rede, in der er u. a. sagte: „Nachdem wir unsere Feinde ausgeschaltet und den Antifaschismus erdrückt haben, sind logischerweise die politischen Aufgaben der Miliz ihren rein militärischen Aufgaben gewichen. Sie wurde mit der Verteidigung der Nation an den Küsten und in der Luft betraut und erhielt die wichtige Aufgabe der Vorbereitung für Heer und Marine, so daß sie zuerst das ganze Rekrutenaufgebot aufnimmt, um es dann der Armee als prächtiges Menschenmaterial weiterzugeben. Ich verlange, daß die Kommandos der Regionen sich mit aller Energie der militärischen Ausbildung des italienischen Volkes widmen. Es ist dies eine wichtige Aufgabe, es ist aber noch nicht alles. Meinen Weisungen gemäß hat der Generalstab der Armee die Frage der organischen Verwendung der Miliz im Kriegsfall geprüft, und er hat sie mit einem klaren Einverständnis in die neue Zeit und in die wahrscheinliche Folge der Ereignisse gelöst. Dies gereicht dem Generalstab selbst zu Ehren. Ich verkünde Euch, daß die Miliz sich schlagen wird, und zwar im Rahmen der mobilisierten großen Einheiten der Armee. Ich bin überzeugt, daß die Regionen diese höchste Ehre verdienen werden, indem sie sich schon jetzt zu Sturm- und Infanteriebataillonen ausbilden, die die Kriegsverluste des „Faschismus“ und des „Quadrismus“

weiter pflegen sollen: Dolche zwischen den Zähnen, Bomben in den Händen und eine souveräne Betrachtung der Gefahr in den Herzen. Sie fühlten und sie wissen, daß viele in der Welt uns hassen, zuerst als Italiener und dann als Faschisten. Sie müssen bereit sein, Italien und den Faschismus zu verteidigen.“

Diese neue Kriegserklärung Mussolinis, des Kaisers von Italien, muß im Zusammenhang mit dem vorläufig noch diplomatischen Ringen um die Vorherrschaft auf dem Balkan und mit den Aufzählungen, die in den einzelnen Staaten erfolgen, betrachtet werden. Da ergibt sich dann, daß diese Rede durchaus keine Entlassung eines jener europäischen „Friedenspolitiker“ ist, die den Locarno-Vertrag unterzeichnet haben, auch kein „Angstprodukt“ eines Halb- oder Dreiviertel-Idioten, sondern daß sie nur der militärische Ausdruck ist für das Streben der italienischen Bourgeoisie, sich die noch wenig kapitalistisch entwickelten Länder in Südosteuropa zu sichern und zur Festigung ihrer Herrschaft die Adria zu einem italienischen Meer zu machen. Mussolini sieht den nächsten Krieg schon als eine wahrscheinliche Folge der Entwicklung und er ist „ehrlich“ und brutal genug, offen einzugesehen, daß er seine Innen- und Außenpolitik ganz darauf einstellt.

Schritt für Schritt schiebt Italien seinen Einfluß auf den Balkan vor. Der Besuch des rumänischen Außenministers in Rom war deshalb durchaus nicht nur ein „Freundschaftsbesuch“. Die östlichen Besprechungen, die die Vertreter zweier faschistischer Regierungen miteinander hatten, galten dem offensichtlichen Bestreben, Rumänien in den italienisch-englischen antijugoslawischen Block einzuschließen. Soweit sich bisher übersehen läßt, sind die Bemühungen nicht erfolglos gewesen. Denn Rumänien ist schließlich doch nicht der gemeinsamen Aktion der Kleinen Entente beim Völkerbund wegen der ungarischen Waffenlieferungen entzogen hat, so kommt doch diesem Schritt kaum noch eine erste politische Bedeutung zu. Für die Rote Rumänien wenigstens muß dies gesagt werden. Auf der anderen Seite aber ist Rumänien durch eine englisch-italienische Anleihe enger mit Italien verflochten worden. Vielleicht ist es nur eine Frage der Zeit, daß aus dieser Annäherung auch die politischen und militärischen Konsequenzen gezogen werden.

Da Griechenland schon früher in die italienische Front eingeschwenkt ist — es hat ebenfalls eine Anleihe von England erhalten! — ist Jugoslawien auf dem Balkan bereits fast vollständig isoliert. Bulgarien hat sich zwar noch nicht offiziell auf die Seite des italienischen Blockes geschlagen, aber es kann auch kaum als ein Bundesgenosse Jugoslawiens angesehen werden, trotz der Annäherungsversuche, die in den letzten Jahren wiederholt gemacht worden sind. Es ist nicht zuletzt das mazedonische Problem, das diese zwei Länder immer wieder auseinanderreißt. Doch in seiner Isolierung die jugoslawische Regierung die von der französischen Bourgeoisie gebotene Unterstützung gern annimmt, ist verständlich, vermindert aber keineswegs die Aussicht, daß die wahrscheinliche Folge der Entwicklung der Krieg sein wird. Wenn auch die oben wiedergegebene Meldung von dem jugoslawisch-französischen Militärbündnis auf dem Wege über Italien kommt, so ist sie zwar mit Vorbehalt, aber keineswegs als unglaubwürdig aufzunehmen. Umsonst, als einmal die jugoslawische Flotte, wenn sie in einem Kriege mit Italien wirklich aktionsfähig — und sei es nur als Hilfsflotte — sein soll, aus- und aufgebracht werden soll, zum anderen aber, weil die französische Bourgeoisie Jugoslawien und auch noch andere Balkanländer als ihr Interessengebiet betrachtet und den stürmischen Einbruch Italiens als eine Gefährdung ihrer Interessen ansieht.

Die Gegenkräfte gegen die Italienisierung des Balkans werden durch den neuen Vorstoß der Türkei verstärkt. Sie stellt wieder den Vorschlag eines Balkan-Lozano in den Vordergrund, über den schon einige Male diskutiert worden ist. Die Türkei steht mit Belohnung dem imperialistischen Drängen Italiens zu und fürchtet, daß, wenn ihm nicht gesteuert wird, auch sie von ihm nicht verschont bleiben wird. Ein Balkan-Lozano soll ihr ein stärkeres Sicherheitsgefühl wiedergeben. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß es dazu kommt. Die „Lozano-Mächte“ des Westens sind noch immer daran interessiert, den Konfliktsherd auf dem Balkan zu erhalten.

### Die „Sicherheitstagung“ beendet!

WVB Prag, 2. Februar.

Die Konferenz der Berichterstatter des Sicherheitsausschusses des Völkerbundes hielt gestern nachmittags ihre Schlußtagung ab. Den Gegenstand der Beratungen bildete vor allem die Schlußfolgerung des Memorandums Politis, betreffend die Sicherheitsfragen, ferner die Lösung der rechtlichen Teile des Memorandums Rutgers und dessen Schlußfolgerungen, sowie die Lösung der Begleitnote.

III Prag, 2. Februar.

Nach Schluß der Prager Sicherheitstagung wurde ein amtliches Kommuniqué herausgegeben, in dem festgestellt wird, daß die Berichterstatterkonferenz des Sicherheitsausschusses des Völkerbundes praktische Anregungen für die Februartagung des Sicherheitsausschusses gebracht hat.

### Die Kartoffel-Perspektive

#### Das einigende Moment in der Landwirtschaft

Die Hochflut der landwirtschaftlichen Klagen ist mit den Berliner Propagandagen der Grünen Woche stark abgeebt. Auch in die Kreise der agrarischen Führer ist wieder etwas Befassung zurückgekehrt. Man sieht wohl ein, daß die Art, der Öffentlichkeit eine Notlage der Landwirtschaft begreiflich zu machen, wahrhaftig nicht die richtige ist. Der Präsident des Reichslandbundes, der beziehungsweise nicht der Deutschnationalen, sondern der Deutschen Volkspartei angehörende Reichstagsabgeordnete Karl Hepp, setzt sich in der Berliner Börsenzeitung gegen den Vorwurf zur Wehr, daß es sich nur um gut organisierte und von langer Hand vorbereitete politisch-reaktionäre Demonstrationen handle. Herr Hepp verliert vergeblich, einen Mohren weiß zu waschen. Allzu deutlich ist gerade bei den Berliner Demonstrationen der politische Zweck, das parteipolitische Interesse der Rechtsparteien zum Vorschein gekommen.

Die Rechtspresse hat in ihren Berichten mit besonderer Genugtuung hervorgehoben, daß z. B. der Zirkus Busch mit zahlreichen schwarzweißen Fahnen geschmückt war, daß der Einzug der Versammlungsteilnehmer „unter den Klängen des Hohenfriedberger Marsches“ erfolgte. Man fand es in der Rechtspresse besonders geschmackvoll, dem Bericht über die großen Eröffnungsreden die Begrüßungsrede voranzustellen, die der Sprecher des Brandenburgischen Landbundes, der Bauerngutsbesitzer Bethge, gehalten hat. Es heißt in diesen Berichten, daß Herr Bethge sich namentlich an die Jugend wandte und der Hoffnung Ausdruck gab, „daß man das junge Landvolk nochmals unter anderen als den heutigen Fahnen, nämlich unter denen mit dem Eisernen Kreuz, und in einem Staate wiedersehen möge, in dem Ordnung ist und nicht, wie im heutigen, Unordnung.“

Der Zeitungsleser, der nicht Agrarinteressent oder Anhänger der Rechtsparteien ist, wird durch solche Einleitung der agrarischen Demonstrationen auf eine Absicht der Demonstrationsführer aufmerksam gemacht, die verstimmen muß. Dieselbe Wirkung muß bei dem größten Teil der deutschen Bevölkerung die absichtliche Schärfe der Polemik gegen Arbeiter- und Verbraucherinteressen hervorrufen. In dieser Beziehung ist in den letzten Tagen in Berlin allerhand geschehen. Herr Hepp z. B. erklärte, „die Entwicklung der Nachkriegssozialpolitik gebe zu den schwersten Bedenken Anlaß“, „die Schwere der sozialpolitischen Lasten stehe in keinem Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Verpflichteten“. In den „programmatischen Forderungen“, die in der Berliner Vertreterversammlung des Reichslandbundes angenommen wurden, wird in Fortführung der Heppischen Gedanken ein scharfer Angriff gegen die Sozialpolitik geführt.

Dieser Angriff ist abgestellt auf das Schlagwort: „Nationalisierung der Sozialversicherung“. Bei den arbeitenden Massen kann man gerade mit dem Worte „Nationalisierung“ keine angenehmen Gefühle erwecken. Das Forderungsprogramm des Landbundes geht aber von allgemeinen auch so speziellen Erklärungen über. So wird z. B. der „systematische Aufbau der Wohnungsverhältnisse“, insbesondere bei landwirtschaftlichen Werkwohnungen, verlangt. Der Reichslandbund will auch eine „Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung“, weil die jetzige Versicherung angeblich „eine künstliche Arbeitslosigkeit geschaffen“ hat, so daß „der Land- und Forstwirtschaft die nötigen Arbeitskräfte selbst für die Winterarbeiten genommen werden“. Die Verlogenheit solcher Argumentation ist so leicht nachzuweisen, daß sich die Agrarier eigentlich vor derartigen Behauptungen hätten hüten sollen. In der Nummer 3 des Jahrgangs 1928 des Reichsarbeitsblattes wird mitgeteilt, daß am letzten Dezembertage 1927 bei den Arbeitsnachweisen aus der Berufsgruppe Landwirtschaft 48 157 männliche und 22 098 weibliche Arbeitsjunge vorhanden waren, während nur 6946 Stellen für männliche und 5834 Stellen für weibliche Arbeitsjunge unbefetzt waren. Die Zahl der arbeitenden landwirtschaftlichen Arbeitskräfte war also fünf- und einhalbmal so hoch, als die Zahl der aus der Landwirtschaft verlangten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Gegen die Zoll- und Handelspolitik, die von den Bürgerblockparteien bestimmt worden ist, haben die agrarischen Rechner die heftigsten Angriffe gerichtet, weil selbst der Bürgerblock ein gewisses Maß von Rücksicht auf das Konsumenteninteresse walten lassen mußte. Herr Bethge nannte das „Straßenpolitik“. Herr Schiele, der deutsche Republikminister für die Ernährung der Landwirtschaft, behauptete, daß die deutsche Landwirtschaft gegenwärtig zum Zwecke der Ernährung der deutschen Bevölkerung jährlich 1 Milliarde Mark zusehe. Der Graf Kalkreuth, der sich mit Herrn Hepp in die Präsidentschaft des Reichslandbundes teilt, entwarf die „Feststellung“ des Herrn Schiele die Behauptung, „daß den 7 Milliarden neuer Schulden“, die die deutschen Landwirte seit der Stabilisierung aufgenommen haben sollen, „so gut wie keine investierten Mehrwerte gegenüberstehen“. Mit anderen Worten: „Die Landwirtschaft hat in den letzten vier Jahren ein Drittel ihres Ver-